

Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 24.06. – 28.06.2013

Unser Projekt heißt Zukunft.
Machen Sie mit.



SPD

Inhalt

1. Hochwasser-Hilfsfonds

2. Untersuchungsausschuss zum Euro Hawk-Desaster

3. Bahrs Pflegereform ist ohne jegliche Substanz

4. Merkels Märchenstunde

8 Milliarden Aufbauhilfe für die Beseitigung der Hochwasserschäden

Durch das verheerende Hochwasser sind im Mai und Juni große Schäden für Privathaushalte und Unternehmen sowie an der Infrastruktur von Bund, Ländern und Kommunen entstanden. Wir haben uns parteiübergreifend auf einen nationalen Solidaritätsfonds „Aufbauhilfe“ verständigt, der Hilfe und Unterstützung für die Menschen vor Ort gewährleisten soll ([hier geht es zum gemeinsamen Antrag](#)).

Wir sehen es als eine Verpflichtung von Bund und Ländern jetzt schnell, solidarisch und unbürokratisch mit finanziellen Mitteln bei der Beseitigung der Schäden zu helfen. Unser größter Dank gilt aber nach wie vor dem großartigen Einsatz der Rettungsorganisationen und den vielen Ehrenamtlichen, die in der großen Not beherzt zugepackt haben!

Da extreme Wetterereignisse in Zukunft noch zunehmen werden, muss sich der Bund jetzt aber auch stärker in der Hochwasser-Prävention engagieren. Es ist dringend erforderlich, eine nationale und nachhaltige Strategie gegen Hochwasser zu entwickeln. Zudem wollen wir eine Versicherungspflicht gegen alle Elementarschäden prüfen. Die Erfahrung aus dem Hochwasser von 2002 hat uns gelehrt, dass viele Versicherungen ihren Kunden

Hintergrund:

Ein gemeinsamer Gesetzentwurf von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen regelt die Einrichtung des nationalen Solidaritätsfonds „Aufbauhilfe“ als Sondervermögen des Bundes. Der Fonds wird mit 8 Milliarden Euro ausgestattet, die der Bund als zusätzliche Schulden aufnimmt. Weshalb auch ein Nachtragshaushalt durch den Bundestag beschlossen werden muss, da die Nettokreditaufnahme von 17,1 Milliarden Euro auf 25,1 Milliarden Euro erhöht werden muss. Der Bund übernimmt 4,75 Milliarden Euro des Fonds und finanziert vor. Die Länder beteiligen sich durch die Übernahme von Zins und Tilgung bis zum Jahr 2033. Dazu wird die Umsatzsteuerverteilung in den Jahren 2014 bis 2019 zwischen Bund und Ländern geändert. Dafür fallen jährlich 202 Millionen Euro an. Zudem werden die Kompensationsleistungen des Entflechtungsgesetzes von 2014 bis 2019 festgelegt. Von 2020 bis 2033 sollen Direktzahlungen von den Ländern an den Bund erfolgen. Für hochwassergeschädigte Unternehmen, die von Insolvenz bedroht sind, wird die Insolvenzantragspflicht temporär ausgesetzt.

gekündigt oder die Prämien so angehoben haben, dass sich kaum noch jemand eine Versicherung leisten kann. An dieser Situation muss die Politik etwas ändern! Die Versicherer alleine werden sicher nicht auf die Betroffenen zugehen.

Den Verhandlungserfolg unserer Länder bei den sogenannten Entflechtungsmitteln begrüßen wir. Entflechtungsmittel sind im sogenannten Entflechtungsgesetz geregelt und werden zu großen Teilen für Infrastruktur-Investitionen verwendet. Die heute vereinbarten Hochwasserhilfen werden nun auf Druck der Länder zusammen mit einer Verstärkung dieser Entflechtungsmittel einhergehen, die in erster Linie für den Ausbau kommunaler Verkehre und des ÖPNV genutzt werden. Die Festsetzung der Entflechtungsmittel bis 2019 auf dem bisherigen Niveau muss aber auch ein Zeichen sein, zukünftig mehr in Vorsorge, Umweltschutz und entsprechende Infrastrukturen zu investieren, damit die nächste Flut nicht solch große Schäden anrichten kann! Zusätzlich wird die SPD ein Auge darauf haben, dass die Mittel von den Ländern auch tatsächlich an die Kommunen weitergegeben werden, denn davon profitiert nicht nur die Wirtschaft vor Ort sondern auch jeder einzelne.

Untersuchungsausschuss zum Euro Hawk-Desaster und neue Pleiten im Verteidigungsministerium

Hat der unverantwortliche Umgang mit Steuergeldern System in der Regierung Merkel?

Am Mittwoch hat sich der Verteidigungsausschuss zum Untersuchungsausschuss erklärt. Damit muss sich der Verteidigungsausschuss bereits zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode mit dubiosen Abläufen im Verteidigungsministerium befassen. Der Minister hatte seine Chance. Er hat sich viel Zeit gelassen. Aber er ist die Antwort schuldig geblieben, warum das Projekt Euro Hawk nicht bereits früher gestoppt wurde. 2009, spätestens 2011 war eindeutig klar, dass eine Zulassung für den deutschen und europäischen Luftraum nahezu ausgeschlossen sein würde. Nun muss der Untersuchungsausschuss der Frage nachgehen, ab wann der Verteidigungsminister von dem Scheitern des Projekts gewusst hat und warum er erst zu einem deutlich späteren Zeitpunkt die Reißleine gezogen hat. Erst dann kann auch der tatsächliche Schaden für den Steuerzahler genau beziffert werden, der bei einer früheren Reaktion des Ministers möglicherweise hätte minimiert werden können. Die Verhandlungen sind für die letzten zwei Wochen im Juli jeweils Montag bis Mittwoch anberaumt. An diesen sechs Tagen **wird der Untersuchungsausschuss versuchen, Licht ins Dunkel zu bringen und die Vorgänge umfassend aufzuklären.**

Passend dazu wurde in dieser Sitzungswoche bekannt, dass der Haushaltsausschuss des Bundestages einen umstrittenen **Hubschrauber-Deal** des Verteidigungsministeriums mit der Mehrheit der Koalition gebilligt hat. Der Bundesrechnungshof hatte allerdings im Vorfeld die Entscheidung des Verteidigungsministeriums, die geplante Beschaffungszahl für die Hubschrauber NH90, Tiger und Sea Lion im Zuge der Bundeswehrreform von insgesamt 202 auf 157 abzusenken, harsch kritisiert. Der Kaufpreis von 8,3 Milliarden Euro wird dabei nämlich nur um 224 Millionen Euro gesenkt. Der Reduzierung der Stückzahl von über 20% steht damit eine Kostenersparnis von gerade einmal knapp 3% gegenüber. **Hier hat der Minister nicht nur äußerst schlechte Konditionen für den Steuerzahler verhandelt, er wollte sich diesen Deal auch vom Verteidigungsausschuss und Haushaltsausschuss absegnen lassen, ohne dass die Abgeordneten zuvor die Möglichkeit erhalten hatten, die entsprechenden Verträge einzusehen.** Das wäre schon fast erneut ein Thema für einen Untersuchungsausschuss. Man könnte aber auch lapidar feststellen: Der mangelhafte Umgang mit Steuergeldern scheint System zu haben in der Regierung Merkel.

Bahrs Pflegereform ist ohne jegliche Substanz

Die von FDP-Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr vorgelegte Pflegereform ist und bleibt substanzlos. Trotz umfassender Kritik nicht nur von uns Sozialdemokraten, sondern auch von vielen Verbänden und den Gewerkschaften, ist die Koalition nicht von ihren ursprünglichen, völlig unzulänglichen Plänen abgerückt.

Wir meinen, **im Gesetzentwurf von CDU/CSU und FDP fehlt eine ganzheitliche Sicht auf pflegebedürftige Menschen.** Der dringend benötigte neue Pflegebedürftigkeitsbegriff wird nicht umgesetzt. Es gibt keinen Ansatz für eine langfristige und nachhaltige Finanzierung der Pflegeversicherung. Ebenso fehlen Konzepte für den Ausbau der Pflegeinfrastruktur- und Pflegeberatung. Auch Ansätze zur Begegnung des Fachkräftemangels in der Pflege sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Reha- und Prävention sucht man vergeblich.

Statt dessen begnügt sich Bundesminister Bahr größtenteils mit kleinen oder symbolischen Maßnahmen und führt eine unsinnige private Pflegezusatzversicherung ein, die sich nur Gutverdienende leisten können und in der Menschen mit chronischen Krankheiten gar nicht erst versichert werden. Die geplante Einführung einer freiwilligen privaten Pflegezusatzversicherung unterstützt allenfalls Wohlhabende.



Wir haben als SPD-Fraktion ein umfassendes Positionspapier zur Pflege beschlossen. Dieses Papier enthält Ansätze für die Umsetzung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Ebenso enthält es Vorschläge für die Entlastung pflegender Angehöriger, für gute Arbeit und Ausbildung von Pflegefachkräften. Wir wollen einen Ausbau der kommunalen Pflegeinfrastruktur sowie eine Verbesserung von Reha- und Prävention. Diese umfangreichen Maßnahmen sollen die Situation Pflegebedürftiger und ihrer Angehörigen deutlich verbessern. [Unser SPD-Papier](#) zeigt: für eine Pflegereform die den Menschen wirklich hilft, braucht man mehr als nur ein paar punktuelle Maßnahmen, wie sie der Gesundheitsminister jetzt umsetzt. Wir glauben, für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen auch in Nordhessen ist diese schwarz-gelbe Legislaturperiode eine verlorene Zeit.

Merkels Märchenstunde

Wahlprogramm der CDU/CSU ist Wahlbetrug mit Ansage!

Am vergangenen Wochenende haben die Parteispitzen von Christdemokraten und Christsozialen ihr Wahlprogramm abgenickt – ohne Beteiligung der Partei, ohne Beteiligung der Mitglieder, ohne Parteitag! Königinnen, Kronprinzen, Hofnarren – bei CDU/CSU scheinen die Hierarchien klar zu sein. Die Öffentlichkeit wird gleich ganz ausgeschlossen und Demokratie ist offensichtlich innerparteilich bei der Programmfindung unerwünscht! Wir haben im Gegensatz dazu einen breiten Bürgerdialog geführt und die Menschen mitgenommen. Herausgekommen ist ein Regierungsprogramm, dass den Anspruch hat, Deutschland auch über die nächsten vier Jahre hinaus mit kluger Politik zukunftsfest zu gestalten ([hier geht's zum SPD-Regierungsprogramm](#)).

Das Programm der CDU/CSU liest sich wie ein Märchenbuch; Man könnte auch sagen: Wahlbetrug mit Ansage! Die Kosten für die vermeintlichen „Wohltaten“ der Konservativen schwanken zwischen 45 und 65 Milliarden Euro. Nicht ein einziger Cent Gegenfinanzierung ist nachgewiesen! Kanzlerin Merkel spielt ein gefährliches Spiel, in dem sie die Rücklagen und Reserven der Rentenversicherung verpulvern will und konjunkturelle Mehreinnahmen verplant, bevor es diese überhaupt gibt! Das ist nicht nur unseriös, es ist auch unehrlich! Die Wählerinnen und Wähler werden dies aber durchschauen und sich hoffentlich nicht von den wohlfeilen Versprechungen der CDU/CSU einfangen lassen.

Mit der SPD gibt es einen Mindestlohn, gute Kinderbetreuung, eine Solidarrente und eine solidarische Bürgerversicherung – all dies wird es mit der CDU nicht geben! Statt dessen setzen die Konservativen auf das Betreuungsgeld, lassen die Europapolitik gnadenlos vor die Wand fahren und bagatellisieren die Spaltung des Arbeitsmarktes. Merkels Stillstands-Politik ist gescheitert! Wir brauchen einen neuen Aufbruch und wir brauchen eine starke Wahlbeteiligung. Wir brauchen einen Politikwechsel in Deutschland und das kann nur mit einer starken SPD gelingen!

Advantage: Steinbrück
stern.de



„Steinbrück führt die Kanzlerin vor, ohne persönlich zu werden. Er ist gewitzt und schlagfertig.“
süddeutsche.de

„Das Ergebnis des Rededuells fiel eindeutig aus – 1:0 für Steinbrück.“
stern.de

„Bissig, witzig, angriffslustig – Steinbrück hatte nichts zu verschenken.“ *bild.de*

PRESSESTIMMEN ZUR BUNDESTAGSDEBATTE AM 27. JUNI 2013

 **Rot tut gut.**

Liebe Leserinnen und Leser,

wir möchten uns mit dieser letzten Ausgabe der Aktuellen Hauptstadtinfos vor dem Ende der Legislaturperiode bei allen bedanken!

Wir hoffen, unsere Informationen haben geholfen, den manchmal etwas unübersichtlichen Berliner Politik-Dschungel besser zu verstehen.

Nun steht ein spannender Wahlkampf bevor.

In 86 Tagen wollen wir den Kanzler stellen und zusammen mit den Grünen zukunftsorientierte Politik für Deutschland gestalten.

Für gute und faire Arbeit, für eine soziale und inklusive Gesellschaft, für beste Bildungschancen in Kitas und Schulen, Bürgerversicherung und vieles mehr, lohnt es sich zu kämpfen.

Helft alle mit, wir brauchen Eure Unterstützung und Euren „Mundfunk“. Wenn jede und jeder von Euch nur eine Nichtwählerin oder einen Nichtwähler mobilisiert, werden wir die Wahlen gewinnen und können unsere gemeinsamen Ziele umsetzen.

Wir freuen uns darauf, viele von Euch auf unseren zahlreichen Veranstaltungen in Hessens schönem Norden begrüßen zu dürfen!

Wer sich die fulminante Rede, die Peer Steinbrück am Donnerstag im Plenum gehalten hat, noch einmal anhören möchte, kann dies hier tun: <http://dbtg.tv/fvid/2478185>.

Wer mit uns diskutieren möchte, der findet alle Daten und aktuellen News sowie die Wahlkampftermine auf unseren Homepages:

www.ulrike-gottschalck.de

www.edgar-franke.de

www.ullrich-messmer.de

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

**V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

Artikelbilder: fotolia